



Persönliche Erklärung der Abgeordneten Elisabeth Kaiser zum Abstimmungsverhalten nach § 31 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu den Anträgen zu Top ZP 18 der Fraktionen:

Die Linke: Konsequenzen aus dem Brand in Moria ziehen – Lager auf den griechischen Inseln auflösen und Geflüchtete in Deutschland aufnehmen
und

Die Grünen: Nach dem Brand von Moria – Für schnelle Nothilfe und einen menschenrechtsbasierten Neustart der europäischen Flüchtlingspolitik

Die Zustände auf Lesbos und den anderen griechischen Inseln sind bereits seit langem katastrophal. Durch die verheerenden Brände im Flüchtlingscamp Moria hat sich die Situation aber nochmals massiv verschärft. Rund 13.000 Menschen benötigen dringend eine menschenwürdige Unterkunft, grundlegende Verpflegung und medizinische Versorgung.

In enger Kooperation mit der griechischen Regierung leistet Deutschland Unterstützung, um die akute Situation zu entschärfen. Über das THW und das DRK wurden bereits umfangreiche Lieferungen von Sachmitteln bereitgestellt. Weitere werden folgen.

Das reicht aber nicht. Wir müssen die Menschen von den Inseln holen und in Deutschland und anderen europäischen Staaten aufnehmen. In der vergangenen Woche hat Bundesinnenminister Seehofer verkündet, dass Deutschland bereit ist, 150 Minderjährige nach Deutschland zu holen. Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion haben daraufhin in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass das eine beschämende, absolut nicht angemessene Zahl ist. Wir haben erreicht, dass wir zusätzlich zu den 150 Kindern und Jugendlichen weitere 1.553 Menschen, hauptsächlich Kinder und Familien, in einem eigenständigen Kontingent aufnehmen. Zusammen mit den bereits bestehenden Zusagen zur Aufnahme von Geflüchteten im März sind es ca. 2.750 Personen. Dies haben wir gegen den erheblichen Widerstand unseres Koalitionspartners durchsetzen können. Mehr war mit den Union nicht möglich. Uns ist klar: wir müssen uns entsprechend unserer Größe und wirtschaftlichen Stärke beteiligen. Die Aufnahmebereitschaft vieler Bundesländer und Kommunen in Deutschland gilt es ernst zu nehmen und zu nutzen.



Wir brauchen dringend eine grundsätzliche Lösung, damit das unrühmliche Gezerre und die schwerfälligen Verhandlungen in jeder neuen Notsituation ein Ende haben. Alle europäischen Mitgliedstaaten müssen sich solidarisch einbringen. Dazu müssen wir die europäische Flüchtlingspolitik und das Gemeinsame Europäische Asylsystem neu ausrichten. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir dazu vor der Sommerpause einen klaren Beschluss mit konkreten Umsetzungsvorschlägen verabschiedet. Wir müssen weg vom Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreisestaates und brauchen eine gerechte und solidarische Verteilung geflüchteter Menschen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Nur so schaffen wir dauerhaft eine Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen und somit auch insbesondere Griechenlands. Daran arbeiten wir auf EU-Ebene mit Hochdruck. Die EU-Kommission muss endlich ihre Vorschläge präsentieren.

Warum ich den Anträgen der Fraktion Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen nicht zustimme: Im Bundestag haben sich zwei Oppositionsparteien dazu entschlossen, über ihre Anträge jeweils namentlich abstimmen zu lassen. Dabei ist von vornherein klar, dass diese keine Mehrheit erhalten werden, auch wenn der Fraktionszwang aufgehoben würde. Es gibt eine Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und AfD gegen diese Anträge. Es gibt leider derzeit keine linke Mehrheit im Deutschen Bundestag. Wer andere, progressivere Mehrheitsverhältnisse will, muss bei der nächsten Bundestagswahl die SPD mit seiner Stimme zur stärksten Kraft machen.

Im Koalitionsvertrag haben sich die Fraktionen von CDU/CSU und SPD auf ein einheitliches Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag verständigt. Das ist Grundlage jeder Koalition. Diese Tatsache wird von den Fraktionen der Opposition gerne dazu benutzt, um Fraktionen in einer Regierungskoalition vorzuführen. Das sind taktische Manöver, aber keine seriöse Oppositionspolitik. Zur Regierungsverantwortung in einer Demokratie gehört es, getroffene Vereinbarungen einzuhalten, da es sonst zum Stillstand des Regierungshandeln kommen würde, womit niemanden geholfen wäre. Unter den aktuellen Umständen nutzen wir unsere Möglichkeiten als Regierungsmitglied, um konkrete Lösungen zu entwickeln.